

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum II)

Liebe Leserinnen und Leser!

Die erste Sitzungswoche nach der langen Sommerpause wurde ausschließlich von den Haushaltsdebatten bestimmt. Mit den nachträglich korrigierten Haushalten 2002 und 2003 und spätestens mit dem Haushalt 2004 wird unbestreitbar sichtbar: Die Bundesregierung hat einen klaren Verschuldenskurs eingeschlagen. Für 2003 meldet Finanzminister Eichel ein Defizit von 3,8% nach Brüssel. Mit der dreimaligen Verletzung des Wachstums- und Stabilitätspaktes verleugnet die Bundesregierung die Verantwortung, die sie für die europäische Wirtschaft im allgemeinen und die Eurozone und ihre Währung im Besonderen trägt. Dabei ist die Verletzung von „Maastricht“ nur die Folge der Fehler, die die rot-grüne Koalition in der Finanz-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik über die letzten fünf Jahre gemacht hat. Mit einer Neuverschuldung von jetzt schon 30 Mrd. Euro bei einer Wachstumsannahme von 2 % und einer Investitionsquote, die unter 10% verbleibt, ist dieser Haushaltsentwurf schon auf dem Papier völlig unseriös und ein schlimmer Rückschritt für den Erneuerungsprozess in Deutschland. Selbst Haushaltsexperten von SPD und Grünen weisen darauf hin, dass im Haushaltsentwurf für 2004 Risiken von über 10 Milliarden Euro stecken.

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

Diese Woche im Parlament	...S.2
Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau	...S.3
Ausbildungsmarkt weiterhin angespannt	...S.4
Subventionen deutlich gestiegen	...S.5
Immer weniger Naturwissenschaftler und Ingenieure	...S.5
Clement: Gegenwind bei Abbau von Windkraftsubventionen	...S.5
NRW-Haushalt 2001 und 2002 verfassungswidrig: Ohrfeige für Steinbrück	...S.6
Grüne: Kein Vertrauen in eigene Chefin?	...S.6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074

Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Diese Woche im Parlament



►► Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurden in erster Lesung die aktuellen **arbeitsmarkt-, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen** der Bundesregierung eingebracht:

- Gesundheitsreform
- Umorganisation der Bundesanstalt für Arbeit (Hartz III)
- Zusammenlegung Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV)
- Einordnung des Sozialhilferechts ins SGB (neues SGB XII)
- Vorziehen der Steuerstufe 2005 (Haushaltsbegleitgesetz)
- Gewerbesteuer
- „Korb II“ des „Steuervergünstigungsabbaugesetzes“

Eine ordnungsgemäße Beratung all dieser Vorhaben innerhalb der Haushaltsdebatte war aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion kaum möglich. Zum Teil lagen uns die entsprechenden Drucksachen erst seit wenigen Tagen vor. Wir werden uns im Rahmen der Beratungen der parlamentarischen Gremien ein Bild von den Vorlagen der Regierung machen und eigene Vorschläge einbringen.

Neben dem schon eingebrachten Entwurf zur Arbeitsmarktreform legten wir in dieser Woche zwei weitere **bessere Alternativen** auf den Tisch:

Zur raschen und unbürokratischen Entlastung der Kommunen setzten wir dem unbrauchbaren Regierungsentwurf für eine Reform der Gewerbesteuer das **„Soforthilfegesetz für die Gemeinden“** entgegen: Die Rücknahme der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage und die zeitlich befristete Erhöhung des kommunalen Anteils an der Umsatzsteuer würde Städte und Gemeinden im nächsten Jahr um 3,4 Mrd. Euro entlasten.

Als Alternativkonzept zu „Hartz IV“ brachten wir in erster Lesung das **„Existenzgrundlagengesetz“** ein.

Wie das Vorhaben der Bundesregierung sieht die Unionsinitiative die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor.



Ingrid Fischbach: „Unser Gesetzentwurf will die neu zu schaffende Leistung allerdings nicht wie Rot-Grün zentralistisch bei einer dann weiter aufgeblähten Bundesanstalt für Arbeit ansiedeln, sondern bei den Kommunen, die zugleich entsprechend finanziell entlastet werden. Unser Gesetzentwurf sieht außerdem bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hilfebezieher und - im Gegensatz zum Regierungsentwurf - die Förderung des Niedriglohnssektors vor. Die Familienkomponente, die bei Hartz lediglich über einen Kinderzuschlag im Bundeskindergeldgesetz gelöst ist, wird im Unionsentwurf deutlich besser geregelt, indem sie mit dem Anreiz zur Beschäftigung verbunden wird.“

Auf Wunsch können Sie die vollständigen Regierungsdrucksachen bzw. unsere eigenen Konzepte über mein Berliner Büro erhalten. <<<

Arbeitslosigkeit stagniert auf hohem Niveau

▶▶ Die Bundesanstalt für Arbeit verkündet hingegen: *„Die Arbeitslosigkeit in Deutschland hat sich im August weiter relativ günstig entwickelt.“*

Gleichzeitig gibt BA-Chef Gerster zu, dass man von einer echten Belebung noch weit entfernt ist: *„Die in letzter Zeit vergleichsweise günstige Tendenz der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl beruht weiterhin vor allem auf verstärkte Bemühungen zur Aktivierung von Arbeitslosen in Verbindung mit den Reformgesetzen am Arbeitsmarkt.“*

Das heißt nicht, dass zusätzliche Jobs vermittelt wurden. Gesunken ist vor allem die Zahl derjenigen, die zwar als Arbeitslose in der Statistik erscheinen, aber weder



Wußten Sie schon,

... dass 2002 jedem Bundesbürger nach Abzug der direkten Steuern und Sozialbeiträge 16600 Euro blieben?

Jeder Privathaushalt kam im Schnitt auf ein Nettoeinkommen von 32000 Euro, so das Statistische Bundesamt. Die Spitzenreiter:

Selbständigenhaushalte mit 88400 Euro und Beamtenhaushalte mit 41500.

nennenswerte Leistungen erhalten noch ernsthaft an der Arbeitsaufnahme interessiert sind. Die BA erklärt das so: „*Anscheinend machen sich die verstärkten Maßnahmen zur Aktualisierung der Bewerberbestände vor allem bei den Personen bemerkbar, für die der Verlust des Arbeitslosenstatus mit relativ geringen Nachteilen verbunden ist.*“ (Quelle für Zahlen und Zitate: Presseinformation der BA 4.9.2003) ◀◀



Ausbildungsmarkt weiterhin angespannt

▶▶ Von Oktober 2002 bis August 2003 sind den Arbeitsämtern 510.700 Ausbildungsplätze gemeldet worden, 46.700 weniger als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig haben sich 697.500 Jugendliche bei der Berufsberatung um eine Ausbildungsstelle beworben.

Ende August waren 54.600 Ausbildungsstellen unbesetzt. Noch nicht vermittelt waren 167.600 Bewerber. Somit ist die Differenz zwischen unbesetzten Lehrstellen und **unversorgten Bewerbern** mit **-113.100** weiterhin wesentlich größer als vor einem Jahr (-77.800).

Die BA verweist bereits auf das Instrumentarium der staatlichen Ersatzmaßnahmen: „*Die Zahl der Ende September unvermittelten Bewerber hängt wesentlich davon ab, wie viele Jugendliche sich bis dahin für Alternativen zur dualen Ausbildung entschieden haben, also besonders für schulische Ausbildungen, berufsvorbereitende Maßnahmen oder Zwischenbeschäftigungen.*“ (Presseinfo der BA 4.9.2003) ◀◀

Subventionen deutlich gestiegen

▶▶ Die von Bund, Ländern, Gemeinden und EU gewährten Finanzhilfen und Steuervergünstigungen steigen laut vorab bekannt gewordenen Auflistungen des noch nicht

veröffentlichten Subventionsberichts 2003 um 3,6 Mrd. Euro auf 59 Mrd. Euro. Damit liegt die Gesamthöhe der in Deutschland gewährten Subventionen nur um 0,4 Mrd. Euro unter dem absoluten Rekordstand des Jahres 2000. Der Anteil des Bundes an Steuervergünstigungen steigt 2003 von 14,3 auf 15,1 Mrd. Euro. Die Finanzhilfen des Bundes einschließlich ERP-Mitteln steigen von 11,9 auf 12,7 Mrd. Euro. Den größten Anteil an den Finanzhilfen des Bundes macht mit 2,6 Mrd. Euro die Steinkohlesubvention aus. (Quelle: Handelsblatt 2.9.2003) ◀◀



Immer weniger Naturwissenschaftler und Ingenieure

▶▶ Nach Mitteilung des Statistischen Bundesamtes haben im Jahr 2002 in Deutschland insgesamt 208.600 junge Leute ein Hochschulstudium erfolgreich abgeschlossen.

Weniger Hochschulabsolventen gab es in einigen ingenieur- und naturwissenschaftlichen Studiengängen: Im Vergleich zum Jahr 2001 nahm die Zahl der Absolventen im Studienbereich Physik um 9,2%, in der Chemie um 5,9%, in der Elektrotechnik um 5,4% und im Bereich Maschinenbau/Verfahrenstechnik um 3,2% ab. (Quelle: destatis 27.8.2003) ◀◀

Clement: Gegenwind bei Abbau von Windkraftsubventionen

▶▶ Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement hat sich offenbar in den Kopf gesetzt, die Grünen und die Umweltpolitiker in der SPD richtig zu ärgern. Das ist ihm mit seiner – durchaus berechtigten – Forderung nach einem Ende der übermäßigen Förderung von Windenergie gelungen. Leider steht Clement nun selbst im rot-grünen Gegenwind. Die Grünen laufen Sturm gegen Abstriche bei der Förderung und warnen



Spruch der Woche

"Das ist eine Bedrohung für Deutschland."

Guido Westerwelle, FDP-Chef, zur Ankündigung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Bundesaußenminister Fischer, bei der Bundestagswahl 2006 erneut als Spitzenkandidaten für die rot-grüne Koalition anzutreten.

schon vor dem Rütteln an Fundamenten der Koalition. Und auch die SPD-Bundestagsfraktion erteilt den Plänen ihres Ministers eine deutliche Abfuhr. Der SPD-Abgeordnete und Ökostrom-Lobbyist Hermann Scheer meint zu Clements Vorstoß: „Er hat sich mit seiner Position isoliert. Die Fraktion hat ihm klargemacht, dass er mit seiner Energiepolitik nicht durchkommt.“ (taz 5.9.2003) ◀◀



NRW-Haushalt 2001 und 2002

verfassungswidrig: Ohrfeige für Steinbrück.

▶▶ Das NRW-Verfassungsgericht in Münster hat auf Antrag der CDU die Landeshaushalte der Jahre 2001 und 2002 für verfassungswidrig erklärt. Der damalige NRW-Finanzminister und heutige Ministerpräsident Peer Steinbrück hatte zur Finanzierung der Etats Rücklagen aufgelöst, die selbst aus Krediten gebildet worden waren. **Ingrid Fischbach:** „Dadurch umging er die von der Verfassung gezogene Höchstgrenze bei der Aufnahme von Krediten. Und Wirtschaftsminister Clement, seinerzeit noch NRW-Ministerpräsident, deckte dieses Vorgehen. Skandalös!“ ◀◀

Grüne: Kein Vertrauen in eigene Chefin?

▶▶ Die Vorsitzende der Grünen, Angelika Beer, will im nächsten Jahr für das Europaparlament kandidieren. Was läge näher, als die eigene Chefin auf Platz eins der Wahlliste zu setzen? Nicht so in diesem Fall: Führende Grüne sprechen sich laut „Spiegel“ ausdrücklich gegen eine Europawahl-Spitzenkandidatin Beer aus und favorisieren das Duo Rebecca Harms / Daniel Cohn-Bendit.

Begründung: „Wir brauchen ein Team, das die Grünen gut und stark repräsentieren kann.“ (Der Spiegel 36/03) ◀◀



... das Allerletzte!

*Eigentlich galt immer,
dass Leichtsinn eine
Eigenschaft der Jugend
ist.*

*Doch bei der Geldanlage
ist es umgekehrt. Mit
zunehmendem Alter
wächst die Neigung zu
spekulativen Investments.*

*So eine Studie der
Verbraucherzentrale
Baden-Württemberg auf
der Grundlage von über
700 Einzelberatungen.*

*Der Grund: Je älter
jemand ist, umso eher
verfügt er über eine
Grundabsicherung. Im
Schnitt sank die
monatliche Sparrate
inzwischen auf 260 Euro,
2002 lag sie noch bei 350
Euro.*